

## ANTRAG

der Abgeordneten Kasser, Edlinger, Ing. Schulz, Mag. Hackl und  
Heinreichsberger, MA

gemäß § 32 LGO 2001

### betreffend **STOPP der Atomkraft und AUS für erdbebengefährdete AKWs in Europa**

Die stark steigenden Energiepreise in Europa und der Kampf gegen den Klimawandel veranlassen einige Länder zum Umdenken, weg vom Atomausstieg und hin in Richtung verstärkter Ausbau ihrer Atomreaktoren. Allen voran Frankreich, das zuletzt die Wichtigkeit der französischen Nuklearindustrie bekräftigte. Zur Stärkung der französischen Wirtschaft und Senkung der Energiepreise beabsichtigt Präsident Macron, den Bau von kleinen modularen Reaktoren (SMR – Small Modular Reactor) zu forcieren und die Entwicklung neuer Technologien mit rund einer Milliarde Euro zu unterstützen.

Frankreich hat ein verstärktes Interesse daran, dass Atomkraft als „grüne Investition,“ auch gegen den Willen von anderen Staaten, wie u.a. Deutschland oder Österreich in Brüssel, anerkannt wird. Dies hätte zur Folge, dass der Ausbau der Atomkraft in Europa massiv mit EU-Geldern gefördert werden könnte und damit auch die geplante Erweiterung der umstrittenen grenznahen Atomkraftwerke Dukovany, Paks und Krško vorantreiben würde.

Darüber hinaus läuft gerade die Inbetriebnahme von Block 3 des AKW Mochovce (Slowakei). Ein Atomkraftwerk, das trotz aller Modernisierungs- und Verbesserungsmaßnahmen auf einem mehr als 30 Jahre alten Grundkonzept basiert. Das Design der beiden Reaktoren, die heuer und in den folgenden Jahren in Betrieb genommen werden sollen, ist völlig veraltet und stammt aus den 60er und 70er Jahren. Im Besonderen fehlen wesentliche Sicherheitsvorkehrungen eines zeitgemäßen Kernreaktors wie etwa ein Containment. Ebenso liegen berechnete Zweifel an der seismischen Eignung des Standortes sowie der Reaktoren vor. Und

auch daran, ob eine ausreichende Versorgung mit Kühlwasser über die geplante Betriebszeit von 40 Jahren im Hinblick auf die Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels sichergestellt werden kann.

Auch nach der pre-OSART [Operational Safety Review Team] Mission durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) im Jahr 2019 bleiben die sicherheitstechnischen Bedenken gegen die Inbetriebnahme der Reaktoren Mochovce 3&4 weiterhin aufrecht.

Am AKW-Standort Paks (Ungarn) kam ein durch NuklearexpertInnen erstelltes Gutachten betreffend der Erdbebengefährdung (Studie „NPP PAKS II, Paleoseismological assessment of the Siting Report and the Site License with respect to fault capability“, 2021)“ zur abschließenden Einschätzung, dass die Möglichkeit des Auftretens einer dauerhaften Oberflächenverschiebung am Standort Paks durch wissenschaftliche Belege nicht zuverlässig ausgeschlossen werden kann. Der Standort Paks sollte daher generell als ungeeignet angesehen werden.

Das AKW Krško (Slowenien), das gemeinsam von Slowenien und Kroatien betrieben wird, liegt rund 40 km nordwestlich von Zagreb in einer der seismisch aktivsten Zonen Europas. Im März und im Dezember 2020 kam es in Kroatien im Raum Zagreb zu Erdbeben der Magnitude 5,4 und 6,4 (EMSC). Diese Erdbeben waren auch in Österreich deutlich spürbar. Das Kernkraftwerk Krško musste daraufhin aus präventiven Gründen abgeschaltet werden. Hier fordert das Land NÖ daher die Neubewertung des Erdbebenrisikos am Standort Krško durch internationale Experten und setzt sich gegen den Weiterbetrieb des bestehenden KKW Krško ein. Niederösterreich spricht sich daher bereits seit vielen Jahren aktiv gegen Kernenergienutzung aus und sieht im Ausbau der Nuklearindustrie keine zukünftige Lösung für den Klimaschutz.

So lehnt das Land NÖ den Ausbau des nahe von der niederösterreichischen Grenze entfernten Atomkraftwerks Dukovany und die Inbetriebnahme der Reaktoren 3&4 in Mochovce klar ab. Vor allem, weil durch ihre Inbetriebnahme das Risiko eines schweren Unfalls in Europa mit relevanten grenzüberschreitenden Auswirkungen erhöht wird. Aufgrund der Studienergebnisse zur Erdbebengefährdung des AKW-

Standortes Paks (Ungarn), sowie der Erdbebenereignisse der letzten Jahre im Raum Zagreb nahe des AKW Krško (Slowenien) bestehen aus Sicht des Landes NÖ auch bedeutende Kritikpunkte und gravierende Sicherheitsbedenken am Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in einem Erdbebengebiet nahe der österreichischen Grenze.

Der Fortbestand und weitere Ausbau der Atomkraft sowie ihre weiterhin massive Subventionierung gefährdet grenzüberschreitend die Sicherheit der Bevölkerung in Niederösterreich und ganz Europa, denn ein schwerer nuklearer Unfall kann nie ausgeschlossen werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **A n t r a g:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, sich verstärkt auf europäischer und zwischenstaatlicher Ebene dafür einzusetzen, dass

- 1) Atomkraft keine „grüne Investition“ darstellt;
- 2) keine Neuerrichtung von Atomkraftwerken erfolgen soll und diese auch nicht subventioniert werden dürfen;
- 3) der Ausbau von nachhaltigen erneuerbaren Stromerzeugungstechnologien in Europa vorangetrieben wird sowie
- 4) alle zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und sie sich gegen die Neuerrichtung und den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken vor allem in Regionen mit erhöhter Erdbebengefährdung einsetzt.“

Der Herr Präsident wird ersucht diesen Antrag dem Umwelt-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.